Seydewitz' neuer Betrug

Die Agenturen der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die sich nach dem „Friedensschluß" ihrer Herren in Versailles wieder als 2. „Internationale" etablierten, waren vergeblich bestrebt, auf ihrer Wiener Tagung Ende Juli „Vertretung der internationalen Arbeiterinteressen" vorzutäuschen. Die Wiener Komödie war so kläglich, die „Rezepte", die von der Dresdner Volkszeitung in großen Lettern als „Heilmittel" der sozialdemokratischen Medizinmänner für den kranken Kapitalismus angepriesen wurden, von den praktisch und konkret denkenden SPD-Arbeitern so stark abgelehnt, daß die „Linken" sich gezwungen sehen, mit einem neuen Betrug an den sozialdemokratischen Arbeitern aufzuwarten. Herr Seydewitz hat sich in seinem Organ „Klassenkampf" dieser Arbeit im Schweiße seines Angesichts unterzogen.

Betrübt konstatiert Seydewitz, weil er diese Tatsache vor den Arbeitern nicht leugnen kann, daß die „2. Internationale noch keine Internationale der Tat ist", um durch das Wörtchen „noch" die Illusion machzuhalten, daß diese sozialfaschistischen Parteien es noch werden könnten. Aber selbst seine Lüge, daß eine Konsequenz der Wiener Resolution bedeuten solle: die Tolerierungspolitik der Brüning-Regierung „müsse" aufgegeben werden, erscheint ihm selbst so schwach, daß er schnell mit ein paar nichtssagenden Redensarten darüber hinwegzukommen sucht, um zu dem „Prunkstück" der „linken" Sozialfaschisten, der Resolution der englischen unabhängigen Arbeiterpartei (ILP) zu gelangen. Fürs erste zerquetscht er eine Träne, „weil sie in Parteiblättern nirgendwo zum Abdruck" gelangte. So gut geeignet glaubt dieser „linke" Fuchs das Machwerk zur Täuschung der Arbeiter.

Besieht's mir genau — so wird jeder Arbeiter sagen —, ist diese Resolution das infamste, was sich die SPD-Führer an Verherrlichung ihrer verräterischen Politik zur Unterstützung des Kapitalismus und an Ignoranz gegenüber der Sowjetmacht und der einzigen wirklichen Internationale, der Komintern, leisteten. In dieser Resolution wird das Riesenreich der Sowjets und die Komintern einfach nicht erwähnt. Wie verstehen natürlich, daß die Sowjetunion erwähnen bedeutet, zu ihr und dem gigantischen Fünfjahrplan Stellung nehmen zu müssen. Aber das ist heißes Eisen, an dem sich auch die „Linken" ihre schmutzigen Finger verbrennen. Die Herrschaften standen vor der Alternative, die Fragen zu beantworten: Hat die Sowjetmacht im Fünfjahrplan Fortschritte gebracht für die Arbeiter- und Bauernmassen? Ja oder nein? Würde ihre Antwort „ja" lauten, dann wäre die Schlußfolgerung: Warum dann nicht die Anwendung der erfolgreichen bolschewistischen Taktik der Komintern? Und mit „nein" durften sie nicht antworten; denn sie müßten angesichts der Riesenerfolge der Sowjetmacht und der Kommunistischen Internationale, ihre „linke" antibolschewistische Fratze zeigen und, wie der verruchte Seifen-Künstler in der Montagausgabe der Dresdner Volkszeitung, sich als elende Polizeiagenten entlarven. Ob „ja" oder „nein", beide Antworten würden dazu führen, sich gründlich vor den Arbeitermassen, die für die Sowjetunion täglich begeisterter eintreten, zu entlarven. Deshalb haben also die „linken" Agenten der Kapitalisten im Proletariat es vorgezogen, die Sowjetmacht einfach zu verschweigen. So benutzen diese gefährlichsten Feinde der Arbeiter die Ignoranz, das Verschweigen von Tatsachen, als politische Waffe gegen die proletarische Klasse. Die Arbeitermassen aber erkennen auch hierin den völligen politischen Bankrott der Seydewitz u. Co., der mit radikalen Phrasen verschleiert werden soll.

Aber auch das, was in der Resolution steht, ist so charakteristisch für den Arbeiterbetrug, daß die wichtigsten Sätze ins rechte Licht gerückt zu werden verdienen. Im ersten Absatz wird der Bankrott des Kapitalismus, weil er nicht geleugnet werden kann, zugegeben. Dann heißt es im 2. Absatz wörtlich:

> **Dieses Verlagen des Kapitalismus bringt der Arbeiterklasse Schwierigkeiten und Leiden, aber es gibt zugleich der Arbeiterbewegung eine einzigartige Gelegenheit, auf dem Wege zum Sozialismus fortzuschreiten. Der Augenblick sollte benutzt werden, um durch beherzte Führung der Arbeiterklasse die Macht zu gewinnen und zum Sozialismus zu gelangen.**

Die anscheinend radikale Sprache ist aber nur Täuschung; denn entscheidend ist für den revolutionären Marxismus, daß mit zwingender Notwendigkeit die Arbeiter vor die Frage gestellt sind: Zerstörung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft durch Errichtung der sozialistischen Macht — oder qualvolle faschistische Barbarei und ungeheuer imperialistisches Kriegsabenteuer, das ganze Völker vernichten wird. Statt die Frage so zu stellen, wird der fromme Wunsch ausgedrückt, „die Gelegenheit sollte benutzt" werden. Noch deutlicher wird diese Resolution in folgendem Absatz:

> **Der Plan für den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus muß im einzelnen in den verschiedenen Ländern wechselndes Gepräge aufweisen, jedoch auf zwei Hauptgegenstände gerichtet sein: Erstens auf eine Neuverteilung des Volksvermögens in solcher Richtung, daß die Lebenshaltung der Arbeiter über das Niveau der Armut gehoben wird; und zweitens auf eine Ueberführung der wirtschaftlichen Schlüsselstellung in das Gemeineigentum.**

Das soll nun praktisch folgendermaßen aussehen:

> **Zugleich mit solchen Maßnahmen zur Sozialisierung des Volkseinkommens sind Maßnahmen zur Uebertragung der Schlüsselstellungen des Kapitalismus ins öffentliche Eigentum zu treffen. Jeder sozialistische Plan für den Uebergang zum Sozialismus muß die Staatskontrolle der Banken, des Verkehrswesens, der Industrie, des Bodens und des Handels enthalten. In jedem Lande sollen die sozialistischen Parteien Programme vorbereiten, die diese großen Ziele in den Vordergrund stellen.**

Das sind also nichts anderes als die „Reform"vorschläge aller kleinbürgerlichen Quacksalber im Rahmen des kapitalistischen Systems, und der Weg ist — die „stufenweise Machteroberung", wie sie im folgenden, fein säuberlich aufgeschrieben ist:

> **Man nimmt allgemein an, daß die sozialistische Bewegung durch drei Phasen hindurchgehen muß: 1. Das Stadium der Propaganda als Minderheit; 2. das Stadium des Regierens als Minderheit, in dem die sozialistischen Parteien an Koalitionsregierungen teilnehmen oder Minderheitsregierungen unter Abhängigkeit von linksbürgerlichen Parteien bilden und 3. das Stadium des vollen Machtbesitzes mit Mehrheit. Die sozialistische Bewegung Europas ist in hohem Maße bereits vom ersten zum zweiten Stadium übergegangen.**

Man sieht, die „Linken" feiern die bisherigen Ergebnisse der politischen „Erfolge" ihrer Partei mit ebensolcher Begeisterung wie die Wels, Renaudel, Macdonald. Die Arbeiter können erkennen, wie schön sie den Mantel der Nächstenliebe über alle sozialfaschistischen Verbrechen in den kapitalistischen und Kolonialländern decken. Wer nun fragt, wie denn der Weg von der 2. zur 3. Stufe zum endgültigen „Sieg" zurückgelegt werden soll, findet folgende Antwort:

> **Wenn die politische Macht tatsächlich für den Sozialismus ausgenutzt werden soll, dann muß sogleich ein Frontalangriff auf die Festungen des Kapitalismus durch ein Programm unternommen werden, das die Sozialisierung des Bankensystems ganz in den Vordergrund stellt. Wenn die Kapitalistenklasse solchen Maßnahmen mit wirtschaftlichen oder anderen Mitteln Widerstand leistet, so muß die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft aufgeboten werden, um die Regierungsgewalt bei der Durchführung der erforderlichen grundlegenden Neuordnung zu unterstützen.**

So haben wir jetzt alles zusammen, was in der sozialdemokratischen „Evolutionstheorie" schon immer gepredigt ist, dasselbe Programm, was im Jahre 1927 Hilferding in Kiel entwickelte, das „organische Hineinwachsen in den Sozialismus". Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß die „Linken" einige „kritische" Bemerkungen an den sozialfaschistischen Parteien und einige scheinradikale Formulierungen suchen, daß sie die wichtigsten Fragen einfach umgehen.

Das ist eine so durchsichtige Methode, daß alle sozialdemokratischen Arbeiter erkennen werden: die „Linken" sind ebensowenig wie die Severing, Braun, Vandervelde, Leon Blum und Co. revolutionäre Sozialisten, sondern sie schänden den Marxismus, dessen Lehre ist: Die Klassengegensätze spitzen sich im kapitalistischen Ausbeutersystem zu in solchem Maße, daß die Gesellschaft gesprengt wird. Für diesen Zeitpunkt braucht das Proletariat eine entschlossene Führung, die jeden Angriff der Kapitalistenklasse mit dem entschlossenen Gegenangriff beantwortet. Diese Führung, das haben während der letzten Jahre die Arbeiter bereits erkannt, in allen Kämpfen ist einzig und allein die Kommunistische Partei. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die für den revolutionären Marxismus sind, werden sich deshalb von den „linken" Betrügern abwenden und sich in die KPD einreihen.

Der Proteststurm gegen Verbotshetze

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Kriegsopfer verteidigen die KPD gegen reaktionäre Angriffe

Am Dienstag dem 18. August fand in Freital im Sächs. Wolf eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Im Referat über den Abbau der Fürsorgesätze, zeigte der Referent klar und deutlich die politische Lage und den Bankrott des kapitalistischen Systems. Ein Sturm der Entrüstung erfolgte, als der Referent den Ueberfall der Polizei auf die Büros der KPD und Massenorganisationen bekanntgab.

Obwohl der Referent in seinen Ausführungen scharf mit der Verratspolitik der SPD und der Renegaten abrechnete, meldete sich in der Diskussion kein Gegner zum Wort. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 18. 8. 1931 in Freital im Sächs. Wolf, versammelten Erwerbslosen haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von dem ungeheuren Raub der Unterstützung an den Aermsten der Armen. Sie fordern von den zuständigen Behörden, um den Erwerbslosen Arbeit und Brot zu geben, die Durchführung des von der Kommunistischen Partei vorgelegten Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Die Versammelten protestieren auf das schärfste gegen die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin, sowie gegen die Polizeiaktion am 17. 8. auf die Büros der Partei und der revolutionären Massenorganisationen, sowie die Verhaftung der Funktionäre der Partei. Sie fordern die Freilassung der Verhafteten und Herausgabe des Parteieigentums. Sie geloben, unter Führung der KPD und RGO, den Kampf zu organisieren und durchzuführen bis zum Siege der gesamten Arbeiterschaft."

Die Arbeiter von Anton Reiche

Resolution

Die am 18. August 1931 versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschieden gegen die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses, des Haus des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin, durch die Polizei Grzesinskis.

Gleichzeitig protestieren sie auch gegen die Maßnahmen der Dresdner Polizei in bezug auf die Besetzung des Bezirksbüros der KPD Sachsens und der revolutionären Organisationen und gegen die Verhaftung von revolutionären Arbeitern.

Sie fordern die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter und Zurückziehung der Polizei vom Karl-Liebknecht-Haus.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen, daß die KPD die einzige Partei ist, die das Proletariat im Kampfe führt und geloben, die KPD stets mit ihren ganzen Kräften zu unterstützen.

Erwerbslose von Dresden

Protest-Resolution

Die am 19. August stattgefundene gutbesuchte öffentliche Erwerbslosenversammlung in der Wachtelschänke, Hechtstraße, erhebt einstimmig schärfsten Protest gegen den Polizeiüberfall auf das Sekretariat der KPD und der revolution. Organisationen. Desgleichen protestieren die Anwesenden gegen die Verhaftung der Genossen und fordern sofortige Freilassung derselben. Die Versammelten geloben als Antwort auf die Polizeigewaltmaßnahmen, verstärkt ihre Kraft einzusetzen zum Kampf gegen dieses verfaulende System.

*

Gleichzeitig wurden in dieser Versammlung zwei Delegierte zur Konferenz der werktätigen Frauen einstimmig gewählt. Außerdem sind als Antwort auf den Presseterror mehrere Abonnenten für das Volks-Echo geworben worden.

Resolution

Die überfüllte Massenversammlung der Freitaler Kriegs- und Arbeitsopfer vom 19. August in Krikes Gasthof in Freital protestiert aufs schärfste gegen die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin und gegen die Polizeiaktion in Dresden, zu dem Zweck, gegen die Kommunistische Partei, die Führerin des Proletariats im Befreiungskampf, Verbotsgründe zu konstruieren.

Die Versammelten erkennen, daß die infame Hetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien und Zeitungen geführt wird, um die Partei der proletarischen Revolution zu verbieten. Sie wissen weiter, daß der Schlag gegen die Kommunistische Partei ein Schlag gegen das Leben der Arbeiterklasse und den Existenzkampf der Werktätigen ist.

Die Anwesenden geloben: Der Kampf gegen die Kommunistische Partei ist der Kampf gegen das kämpfende revolutionäre Proletariat und wird uns bereit zur Abwehr des Angriffes finden. Wir weisen aufs entschiedenste die infame Hetze und Verbotshetze der Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis zurück. Wir — die ärmsten Schichten der Bevölkerung — wissen, daß der Todfeind dieser bankrotten, wahnsinnigen und brutalen kapitalistischen Ordnung einzig und allein die Kommunistische Partei ist.

Die Angriffe der herrschenden Klasse und ihrer Helfer werden uns auf dem Posten finden, bereit zur Abwehr, bereit zum Kampfe um ein besseres, freies sozialistisches Deutschland.

Diesem Kampfe und diesem Ziele gilt unsere ganze Kraft und unser Denken bis zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse. Nie werden wir vergessen, daß der Kapitalismus sterben muß, wenn das Proletariat leben soll.

Nur ein sozialistisches Deutschland sichert uns ausreichende Arbeit, Brot und Freiheit.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Helfershelfern!

Stürmischer Vormarsch der KPD

Die Kommunistische Partei hat in Württemberg in der Zeit vom 1. bis 13. August 300 neue Mitglieder gewonnen. Unter diesen 300 neuen Kampfgenossen sind 27 ehemalige SPD-Arbeiter. — Im Bezirk Niederrhein hat die KPD im Monat Juli ungefähr 2000 neue Mitglieder gewonnen; im August ging dieser Zustrom ungeschwächt weiter.

Bedeutung des Fiasko in Basel

Noch schnelleres Tempo des kapitalistischen Zusammenbruchs

Die Bedeutung des vollkommenen Fiaskos in Basel kann man erst ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die deutsche Bourgeoisie auszog, um einen Milliardenkredit zu erhalten. Statt dessen ist ein Abzug von 800 Millionen Mark Guthaben der Auslandskapitalisten aus Deutschland vereinbart. Nicht 20, sondern 25 Prozent werden sofort, und je 15 Prozent monatlich abberufen, so daß binnen 5 Monaten auch diese 800 Millionen verschwunden sind. Nach 6 Monaten ist auch die Frist für die mehrere Milliarden betragenden kurzfristigen Anleihen abgelaufen. Inzwischen hofft der französische Imperialismus, sich die deutsche Bourgeoisie gefügig gemacht zu haben.

Gleichzeitig nehmen die **Bankrotte und Stillegungen** weiteren katastrophalen Umfang an und zeigen das wachsende Tempo des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

Die täglichen Bankrotte

Die AG für Bauausführungen, Berlin, hat Bankrott gemacht. Die Schulden der Firma belaufen sich auf 1 650 000 Mk.

Die Damenmäntelfabrik Nürnberger & Jakobowitz, Berlin, hat ihre Zahlungen eingestellt. Desgleichen die Damenmäntel- und Kostüm-Fabrik **Hilleke**, Berlin.

Die Baumwollwaren-Großfirma Kullmann & Co., Berlin, strebt gerichtlichen Vergleich an. Schulden 1 200 000 Mark.

Das Roland-Werk AG, Berlin, hat Konkurs angemeldet.

Die Bankfirma A. F. Lehmann, Halle a. S., ein altes Bankgeschäft, hat ihre Zahlungen eingestellt.

Die Eckert-Maschinenfabrik-AG, Berlin-Lichtenberg hat die Hälfte ihres Aktienkapitals, 1,55 Millionen Mark verloren.

Stillegungen und Entlassungen

Krupp, Essen, kündigt „infolge der ungünstigen Konjunkturentwicklung" weitere Einschränkungen im Maschinenbau, in den Gießereien und im Kleinbau an. Es sollen 480 Arbeiter und 50 Angestellte entlassen werden.

Die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen wird wegen Arbeitsmangel im September abermals 2 Wochen stillgelegt.

Die Harpener-Bergbau-AG will ab 15. September die Schachtanlage Recklinghausen 1 stillegen. 780 Arbeiter und 60 Angestellte werden entlassen.

Die zum Nordwolle-Konzern gehörende Kammgarnspinnerei in Eisenach hat rund 800 Arbeitern und Angestellten gekündigt. Der übrige Teil der Belegschaft in Stärke von 900 Arbeitern und Angestellten soll die vorliegenden Bestellungen aufarbeiten und wird dann voraussichtlich ebenfalls entlassen.

Die Gustav-Grube in Rothenbach (Niederschlesien) wird am 31. August stillgelegt. Die gesamte Belegschaft, 750 Mann, wird entlassen.

Das Massensterben in der Industrie nimmt seinen Fortgang. Die Opfer dieser Katastrophe des kapitalistischen Bankrotts sind in erster Linie die **Arbeiter und Angestellten**, die arbeitslos werden, und dem größten Elend preisgegeben sind. Die kapitalistischen Haifische werden von dem Bankrott wenig betroffen. Sie haben in der Regel für alle Fälle vorgesorgt, und sehr oft sind sie an anderen Unternehmungen beteiligt, die ihnen nach wie vor eine sorglose und „arbeitslose" Existenz sichern.

Schluß machen mit dem bankrotten kapitalistischen System, das ist die Mahnung, die diese tägliche Bankrottliste an das arbeitende Volk Deutschlands richtet.

Schwere Bluttaten der Nazis

Hamm, 19. August. (Eig. Meldung.)

Im benachbarten Anrähe hielten die Nazis eine öffentliche Versammlung ab, zu der sie großspurig die Kommunisten eingeladen und freie Diskussion zugesichert hatten. Als daraufhin mehr als 100 Arbeiter in der Versammlung erschienen und Redefreiheit für einen Vertreter der KPD forderten, hieben die Nazis mit Dolchen und anderen Mordwaffen auf die Arbeiter ein. 8 Arbeiter mußten schwerverletzt fortgetragen werden. Wie die Mordbanditen sahen, daß die unbewaffneten Arbeiter sich zur Wehr setzten, riefen sie die Polizei, die mit blanker Waffe gegen die Arbeiter vorging.

Fleißner-Polizei verhaftet Arbeiter

Am Montag und Dienstag wurden in Leipzig mehrere willkürliche Verhaftungen von Arbeitern, Mitgliedern und Funktionären der KPD und der Massenorganisationen auf Grund von Denunziationen von Reichsbanner- und SPD-Führern vorgenommen. Diese willkürlichen Verhaftungen sollen den Anschein erwecken, als wenn die Vorfälle an der SPD-Eiche (Zusammenstöße am vergangenen Sonnabend, wobei ein SPD-Mitglied getötet wurde, die angeblich von Kommunisten inszeniert sein sollen) auf das Konto der KPD zu schieben seien. Insgesamt wurden 8 Verhaftungen und eine ganze Reihe Haussuchungen vorgenommen.